Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeistereien und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 18 | Mittwoch, den 18. Januar | Jahrgang 1928

Oberschlesien im polnischen Wahlkampf.

Von unserm ostoberschlesischen Korrespondenten.

)(**Kattowitz**, 16. Januar.

Wiederum versuchen die Polen den Wahlkampf für die Anfang März zu erfolgenden Neuwahlen zum Warschauer Sejm und Senat in Oberschlesien zu einer Art zweiter Volksabstimmung zu stempeln. Der Kampf gegen die nationalen Minderheiten, die in Polen 36 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, wird nirgends mit solcher Energie, aber auch nirgends mit solchem Fanatismus geführt wie gerade hier in Oberschlesien. Hier hat man sich stärker als in anderen Gegenden Polens um eine polnische Einheitsfront bemüht, die jedoch nur teilweise zustande gekommen ist. Die Musik der polnischen Arbeitsgemeinschaft ist ganz auf den Ton gestimmt: Die Deutschen wollen Ost-Oberschlesien wieder von Polen losreißen. Der Aufruf dieser Arbeitsgemeinschaft kennzeichnet die Situation selbst am besten. Er enthielt die folgenden Sätze: „Es nahen ungewöhnliche Zeiten für den Staat und Oberschlesien. Gerade im Grenzgebiet, wo die polnische Bevölkerung das Polentum gegen das feindliche Deutschtum verteidigen muß, bedeutet die Wahl eine ungeheuer wichtige Tatsache für die Entwicklung der inneren Verhältnisse Polens. Die bevorstehenden Wahlen müssen die große unerschütterliche Macht des Polentums in Schlesien zeigen, weil nur diese Macht die dauernde Befriedung dieses Gebietes und die Voraussetzungen für die volle Ausgestaltung aller Lebensgebiete garantieren kann. Nur eine entschiedene Macht und Uebermacht des Polentums in Schlesien kann den deutschen Hochmut und die deutschen Eroberungspläne zunichte machen." Jammernd ruft auch die „Polonia" Korfantys aus: „Die deutsche Gefahr hat in Schlesien im Jahre 1927 erheblich zugenommen."

In ganz Polen war das Deutschtum im letzten Sejm durch 17 Abgeordnete vertreten, von denen 16 in den einzelnen Wahlkreisen und 4 auf der sogenannten Staatsliste gewählt waren. Auf die Wojwodschaft Schlesien entfielen allein fünf Abgeordnete. Obwohl jetzt die deutsche Sozialdemokratie hier mit der polnischen Sozialdemokratie zusammengeht, darf man annehmen, daß die Deutschen ihre Mandatsstärke behaupten werden. Der polnische Rundfunk, den der berüchtigte Westmarken-Verein gleichfalls in den Wahlkampf gestellt hat, hat die „schwere deutsche Gefahr" in den Verstand seiner Hörer hinein zu funken versucht, in dem er u. a. darauf hinwies, daß in Kattowitz schon bei den letzten Sejmwahlen die Deutschen 65 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten, in Königshütte 63 Prozent usw. Obwohl Tausende von Galiziern hier in den letzten Jahren untergebracht wurden — es gibt galizische Familien, von denen Vater, Mutter und Kinder in amtlichen Stellen sitzen, für die geborene Oberschlesier entlassen wurden — weiß man, daß die Polonisierung nicht einen Schritt vorwärts gekommen ist, weil die polnischen Oberschlesier aus Erbitterung über die ihnen zuteil gewordene Behandlung wieder deutsch wählen.

Die Polen suchen die „deutsche Gefahr" nicht nur mit dem Stimmzettel am Wahltage zu beseitigen und zu bekämpfen. Schon bei der Aufstellung der Wählerlisten führen sie diesen Kampf auf recht eigenartige Weise, indem sie Tausende von deutschgesinnten Wählern nicht aufnahmen. Eine Deputation von deutschen Führern, die hierüber Vorstellungen beim Wojwoden erheben wollten, wurde von ihm garnicht empfangen. Mündliche und schriftliche Vorstellungen bei dem Generalwahlkommissar für Polen, dem Vizeminister Car, folgten. Die Frist zur Auslegung der Wählerlisten ist gestern abgelaufen. Aus allen Orten des Landes werden die ungeheuren Unrichtigkeiten der Listen bestätigt, sodaß der Wahltermin am 4. bezw. 11. März garnicht innegehalten werden könnte, wenn man sorgfältig allen Fehlern nachgehen und die Listen restlos vervollständigen würde. Allein in Groß-Kattowitz fehlen mehrere tausend Wähler in den Listen, und es kann für die Deutschen kein Trost sein, daß zwar der Wojwode in der Liste enthalten ist, daß er aber die Entdeckung machen mußte, daß sein ganzes Personal im Haushalt nicht aufgenommen war. In dem verhältnismäßig kleinen Orte Bittkow fehlen allein fast 1000 Namen in der Liste. Reklamieren deutsch gesinnte Personen wegen der nachträglichen Aufnahme in die Wählerlisten, dann werden die unglaublichsten Schwierigkeiten gemacht. Von einem Arbeiter verlangte man die Beibringung verschiedener Papiere, die jedoch zusammen 18,20 Zloty kosten, worauf der Mann natürlich auf sein Wahlrecht verzichten mußte. Mit Vorliebe bezweifeln die Polen die Staatsangehörigkeit deutschgesinnter Wähler, obwohl ein jeder Oberschlesier eine Verkehrskarte zur Ueberschreitung der deutsch-polnischen Grenze besitzt, in der einwandfrei die staatliche Zugehörigkeit verzeichnet ist. Ein Untersuchungsverfahren über die Staatsangehörigkeit läßt sich bequem so lange hinaus ziehen, daß bis zum Abschluß der Wahltag vorüber ist, womit dann der Zweck der Uebung erreicht wäre. In Siemianowitz machte sich ein polnischer Wahlvorsteher die Bekämpfung des Deutschtums noch leichter, er warf die Reklamationen über die falschen Wählerlisten einfach in den Ofen!

Erfreulich ist die Entschlossenheit der deutschen Wähler. Sie haben sich die Mühen der Reklamationen nicht verdrießen lassen, und in zahlreichen Fällen werden die fanatischen Wahlleiter doch zu einer nachträglichen Aufnahme deutscher Wähler schreiten müssen. Ein Teil der deutschen Stimmen, die polnische Unduldsamkeit zu Nichtwählern machen möchte, kann so gerettet werden. Aber immerhin werden es noch deutsche Stimmen genug sein, die durch die so eigenartig aufgestellten Wählerlisten verloren gehen. Mit Eifer verbreiten die polnischen Blätter auch das Märchen, daß die Kommunisten für den Fall, daß ihre eigene Liste verboten wird, für die Deutschen stimmen werden. Der Zweck auch dieser Uebung ist klar. Die Deutschen sollen gegenüber den Mitläufern als unbedingte Feinde des Staates hingestellt werden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich derartige Manöver in den letzten Wochen vor dem Abschluß des Wahlkampfes noch vermehren werden. Die deutsche Geschlossenheit, die unverminderte Siegeszuversicht können sie nicht brechen. Mit Recht schließt der „Oberschlesische Kur.", das Organ der deutschen Katholiken Polens, seine Betrachtungen über den Ausgang der Wahlen mit den Worten: „Das Bewußtsein, daß wir die ganze polnische Front geschlossen gegen uns haben, stärkt unsere Zuversicht und unseren Willen zur Einsetzung aller unserer Kräfte mit dem Ziel, bei den Wahlen unsere parlamentarische Vertretung mindestens in ihrer alten Zahl, womöglich aber in noch größerer Stärke durchzubringen."

Einberufung des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

Stegerwalds Konsequenzen aus dem Kanzler-Brief.

Er will das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden niederlegen.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin**, 17. Januar. (Drch.b.)

Zur Aussprache über den gesamten Komplex der Mißstimmungen innerhalb der Partei sind auf den 28. und 29. Januar der Vorstand und der Reichsausschuß der Zentrumspartei einberufen worden.

Während die von dem Abgeordneten Imbusch in Oberhausen gehaltene Rede noch längst nicht verklungen ist, trifft eine neue betrübliche Kunde ein. Abgeordneter Stegerwald, der seit mehreren Wochen von Berlin abwesend ist, hat dem Generalsekretariat der Zentrumspartei mitgeteilt, daß er von seinem Posten als zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei zurückzutreten gedenke. Die Rückkehr Stegerwalds steht bevor, so daß seine endgültige Entscheidung abgewartet werden muß. Ob er sich auch mit dem Gedanken trägt, den stellvertretenden Vorsitz in der Reichstagsfraktion niederzulegen, entzieht sich unserer Kenntnis. Sofern es zur Ausführung der erstgenannten Absicht kommen sollte, müßte ein solcher Schritt aufs lebhafteste bedauert werden. Einstweilen darf man aber doch wohl noch hoffen, daß die Differenzen zwischen den führenden Persönlichkeiten im Zentrum auf gütlichem Wege beigelegt werden können.

Die Oppositionspresse ist natürlich sofort bei der Hand, über Reichskanzler Dr Marx den Stab zu brechen. So schreibt z B. das demokratische „Achtuhrabendblatt" unter der Ueberschrift „Des Reichskanzlers Stellung schwer erschüttert; ohne Vertrauen seiner Partei" u. a. folgendes:

„Nicht die Beamtenbesoldung und nicht jener unglückliche Ausdruck: „Das Zentrum ist weder eine monarchistische noch eine republikanische Partei, sie ist eine Verfassungspartei", haben allein genügt, um einen offenen Aufruhr gegen Reichskanzler Dr. Marx innerhalb seiner Partei hervorzurufen. Man erklärte vielmehr, daß Dr. Marx mit Siebenmeilenschritten das Zentrum in das Fahrwasser der Deutschnationalen Volkspartei führe und dagegen bäumt man sich innerhalb des Zentrums auf. Es sind vor allem die republikanischen Kreise innerhalb der Partei, die in einer Fortsetzung des Bündnisses mit den Deutschnationalen einen schweren Irrtum erblicken, der so rasch als möglich korrigiert werden müsse. Im Zentrum scheint der Wunsch, diese widernatürliche Koalition zu beenden, immer größer zu werden, aber auch das Bedürfnis, sich von einer Führerschaft zu befreien, die diese Koalition herbeigeführt hat."

Die Behauptung des genannten Blattes, Marx wolle das Zentrum in das Fahrwasser der Deutschnationalen führen, ist eine so offenkundige Verleumdung, daß sie keiner Widerlegung bedarf.

★

Statt des Parteitages, dessen Einberufung wir gestern als notwendig bezeichneten, soll der Reichsausschuß der Zentrumspartei zusammentreten. Diesem gehören ein paar hundert Vertrauensleute aus allen Teilen des Reiches an, sodaß sein Zusammentritt praktisch von derselben Bedeutung sein kann wie eine Aussprache auf einem Parteitag. Der Unterschied ist nur der, daß die Beratungen des Ausschusses meist vertraulich sind, während der Parteitag im allgemeinen keine Vertraulichkeit kennt. So konnten in Kassel 1925 auch Pressevertreter von anderen Parteien teilnehmen, ohne daß ihrer Berichterstattung irgendwelche Schranken gesetzt wurden. Würde nach unserer Ansicht auch eine freie, offene Aussprache, wie sie ein Parteitag gestattet, zur Klärung der innerparteilichen Dinge und Beseitigung der bestehenden Differenzen vertraulichen Verhandlungen vorzuziehen sein, so soll doch nicht geleugnet werden, daß es auch Gründe gibt, die dafür sprechen, daß eine Besprechung im Reichsparteiausschuß nützlicher sei. Vor allem aber ist von Bedeutung, daß ein Parteitag einer längeren Vorbereitung bedarf, sodaß es nicht möglich sein würde, ihn schon zu Ende dieses Monats tagen zu lassen. Wie die Dinge liegen, ist aber eine möglichst baldige Aussprache notwendig, und darum muß man es begrüßen, daß schon in anderthalb Wochen neben dem Reichsparteivorstand auch der Parteiausschuß sich mit den die Partei zerwühlenden Meinungsverschiedenheiten beschäftigen soll, hoffentlich mit dem Erfolge, daß reine Bahn geschaffen und die Einigkeit wiederhergestellt wird, die der Partei seit längerer Zeit in fortschreitendem Maße abgeht.

★

Die Christlichen Gewerkschaften zum Briefe des Reichskanzlers.

Eine Entschließung des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 17 Jan. Der am 16. Januar 1928 in Königswinter a. Rhein versammelte erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften befaßte sich u. a. auch mit den Auswirkungen der Besoldungsreform und nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Im Wettlauf um die Wahlstimmen der Beamten ist im Reichstage eine Besoldungsvorlage verabschiedet worden, die das deutsche Volk mit eineinhalb Milliarden belastet. Die Führer der Christlichen Gewerkschaften haben im Reichstage eine vorläufige Neuordnung vorgeschlagen, die eine endgültige Lösung mit der Verwaltungsreform gebracht hätte, sofort aber eine Linderung der Not breiter Massen und der trostlosen Lage der Invalidenrenten herbeiführen sollte. Sie wurde größtenteils nicht beachtet. Weite Volksschichten teilen die Auffassung der christlichen Gewerkschaften. Angesichts dieser Tatsache weist der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften entschieden die vom Reichskanzler kundgetane Auffassung zurück, daß der von Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftssekretären eingenommene Standpunkt" durch Bewilligung der Besoldungsreform mit überwältigender Mehrheit widerlegt sei. Diese Mehrheit findet keinerlei Stütze, wenn man sich die aus unserer Gesamtlage sich ergebenden Notwendigkeiten verantwortungsbewußt vor Augen halte. Die Christlichen Gewerkschaften würden sich nun erst recht geschlossen hinter Stegerwald und die vom Reichskanzler genannten Gewerkschaftssekretäre stellen. Sie seien ihnen für ihr entschiedenes und mutiges Auftreten dankbar.

Die schulpolitischen Meinungsverschiedenheiten.

Schwierigkeiten wegen des § 16a.

Von unserer Berliner Redaktion.

:-: **Berlin**, 17. Jan. (Drahtb.)

Wie auf Kommando hat die demokratische Presse am Dienstag einen neuen Konfliktsstoff bei der Erledigung des Reichsschulgesetzes ausfindig gemacht. § 16 der Vorlage regelt bekanntlich die Einsichtnahme der geistlichen Oberen in den Religionsunterricht der Volksschule. Außerdem wurde von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ein § 16a eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

„In den Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichts an der Volksschule durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung verbleiben".

Die Beratung über diesen Paragraphen wurde am Samstag der vergangenen Woche begonnen und wird am Mittwoch fortgesetzt. In der Zwischenzeit bemüht sich nun die demokratische Presse, den Beweis zu erbringen, daß die Deutsche Volkspartei wieder am Scheidewege stehe. Die Situation wird beispielsweise vom „Berliner Tageblatt" folgendermaßen charakterisiert:

„Die Deutsche Volkspartei sehe in diesem § 16a höchstens eine Sicherung der (in einzelnen Ländern wie Thüringen und Mecklenburg) bestehenden Zustände. Zentrum und Bayrische Volkspartei aber waren sich der weittragenden Bedeutung dieser Bestimmung natürlich voll bewußt. Sie bringt nämlich nichts weniger als die Sanktionierung der schulpolitischen Regelung, die in Bayern durch das Konkordat mit der Kurie geschaffen worden ist. Der Artikel 8 des bayrischen Konkordats besagt mit aller Deutlichkeit, daß die Beaufsichtigung und Leitung des Religionsunterrichts an den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten der Kirche gewährleistet ist und daß der Staat, wenn Beanstandungen des Unterrichts durch die Kirchenbehörden erfolgen, für eine entsprechende Abhilfe Sorge zu tragen hat. Diese „Beaufsichtigung und Leitung" des Religionsunterrichts durch die Kirche, unvereinbar mit den Bestimmungen der Weimarer Verfassung und mit dem Sinn des neuen Kompromißparagraphen 16 soll jetzt also durch den § 16a von Reichswegen sanktioniert werden. Was wird die Deutsche Volkspartei tun? Bis jetzt haben ihre Vertreter im Bildungsausschuß, als sie von demokratischer Seite auf diese Folgen ihres Kompromisses hingewiesen wurden, nur ihre völlige Verlegenheit erkennen lassen. Sie befinden sich im schwersten Dilemma".

Bisher ist von den Voraussagungen der demokratischen Presse über das Schicksal des Reichsschulgesetzes noch keine einzige in Erfüllung gegangen. Wir wollen hoffen, daß es auch diesesmal gelingt, die gegenteiligen Auffassungen auf eine einheitliche Formel zu bringen. Allerdings erfährt WTB., daß der Deutschen Volkspartei hinsichtlich des § 16a, der auf Antrag der Deutschen Volkspartei in das Gesetz aufgenommen wurde, in der Tat Bedenken gekommen seien. Wenn aber, so wird von volksparteilicher Seite gesagt, von einer Gefährdung des Schulgesetzes gesprochen wurde, so sei darauf hinzuweisen, daß der Schwerpunkt der Lage nach wie vor in dem § 20, der die Simultanschulen betreffe, zu suchen sei, da die Parteien mit Bezug auf diesen Paragraphen an ihren Auffassungen festhielten.

Die Aeußerungen von Guérards in Neustadt a. d. H.

Die „Germania" nimmt zu den hier am Sonntag besprochenen Aeußerungen der parteiamtlichen „Bayrischen Volksparteikorrespondenz" über die Rede des Abgeordneten v. Guérard in Neustadt a. d. H. Stellung. Das Blatt schreibt:

Herr v. Guérard ist angegriffen worden, weil er in einer öffentlichen Versammlung in Neustadt gesagt haben soll, das Zentrum müsse an der Bayrischen Volkspartei „Erziehungsarbeit" leisten. Diese Redewendung, die zuerst in einem ganz unbedeutenden Blatte in Ansbach erschien, hat, was wir ausdrücklich feststellen, Herr v. Guérard nicht gebraucht. Auch in einer anderen Frage muß die Haltung der „Bayrischen Volksparteikorrespondenz" Befremden erregen. Sie behauptet, der Abg. v. Guérard habe sich mit seiner Erklärung, das Zentrum sei eine republikanische Partei, in Widerspruch gestellt zu der Feststellung des Parteivorsitzenden Marx, daß das Zentrum eine Verfassungspartei ist. Im Zentrum hat man nicht die Absicht, erneut eine Debatte über den Charakter der Partei zu führen. Die Frage ist ausgiebig erörtert, und die Auffassungen sind schon vor Jahren in Entschließungen so deutlich niedergelegt worden, daß keine Notwendigkeit besteht, längst Gesagtes zu wiederholen. Es genügt die Feststellung, daß zwischen dem Parteivorsitzenden Marx und Fraktionsvorsitzenden Guérard keine Meinungsverschiedenheit besteht. Maßgebend für beide ist der Beschluß der letzten Reichsparteiausschußsitzung in Erfurt, in dem ausdrücklich gesagt wird: „Das Zentrum steht zur Weimarer Verfassung und erblickt in der Deutschen Republik die Staatsform, auf deren Grundlage allein die Einheit des Deutschen Reiches und der Wiederaufstieg des deutschen Volkes erreicht werden kann." Hier wird ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß das Zentrum eine Verfassungspartei und daher republikanisch ist. Außerdem muß auf das nationalpolitische Manifest verwiesen werden, das die Zentrumsfraktion des Reichstages in einstimmigem Beschluß am 21. Januar 1927 erlassen hat. Hier heißt es wörtlich: „Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die deutsche Republik mit ihren Symbolen." Partei und Fraktion stimmen also darin überein, daß das Zentrum eine Verfassungspartei ist, und daß es deshalb für die rechtmäßig bestehende republikanische Staatsform auch praktisch mit all seinen Kräften und Mitteln eintritt. Diese Auffassung im Zentrum dürfte der Bayrischen Volkspartei wohl nicht erst seit gestern bekannt sein, der „Bayrischen Volksparteikorrespondenz" möchte man daher raten, ihre Versuche, den Fraktionsvorsitzenden gegen den Parteivorsitzenden auszuspielen, einzustellen. Wir wollen doch der gemeinsamen Sache dienen, und deshalb sollte von der „Bayerischen Volksparteikorrespondenz" alles vermieden werden, was das gute Verhältnis der beiden Parteien trüben könnte."

Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen.

)(**Berlin**, 17. Januar.

Der Preußische Landtag nahm heute seine Plenarsitzungen nach der Weihnachtspause wieder auf.

Der Gesetzentwurf, der vom 1. April 1928 ab mehr als 50 bisher selbständige Gemeinden nach Breslau eingemeinden will, geht an den Gemeindeausschuß. Ohne Debatte gehen weiter an den Hauptausschuß der Gesetzentwurf, der 20 Millionen für die Gewährung von zwischenkrediten bei Rentengutsgründungen zur Verfügung stellen will und die Ausführungsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz. Ein Antrag des Hauptausschusses, der einen deutschnationalen Antrag für erledigt erklärt, die Notstandsaktion anläßlich der Hochwasserschäden in besonderen Fällen auch auf das Gebiet der Schullasten auszudehnen, findet gegen die Deutschnationalen Annahme.

Dann wird ein völkischer Urantrag beraten, der darauf hinweist, daß der Landtag bisher noch immer nicht den Abgeordneten Wulle zu den schweren Beschuldigungen gehört habe, die Grütte-Lehder gegen ihn richtete. Inzwischen seien die Beschuldigungen Grütte-Lehders als Verleumdungen eines pathologischen Lügners dargetan. Es wird beantragt, die Untersuchung des Femeausschusses in Sachen Grütte-Lehders auf das Verhalten der Gerichte der Staatsanwaltschaft und des Justizministeriums auf die Strafanzeigen des Abgeordneten Wulle auszudehnen. Der Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Die Länderkonferenz.

Der bayrische Föderalist Held.

Berlin, 16. Jan. Auf der Länderkonferenz erläuterte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held das erste Korreferat über das Thema „Reich und Länder". Er betonte, daß er mit dem ersten Referenten des Tages (Petersen-Hamburg) durchaus einig gehe in der Auffassung über den Kompromißcharakter der Weimarer Verfassung zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat und ferner darin, daß man die Entscheidung darüber, wie die Weimarer Verfassung umzugestalten sei, nicht mehr lange hinausschieben dürfe. In dem Ziele dieser Umgestaltung stehe er jedoch auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie der erste Referent. Die Dominante bei der Forderung des Einheitsstaates bildet eine finanzwirtschaftliche Betrachtung mit dem Ergebnis, daß im Einheitsstaat größere Ersparungen in der Gesamtverwaltung möglich würden und eine Steuerentlastung für die gesamte Wirtschaft sich erreichen ließe. Man führt für den Einheitsstaat vor allem ins Feld, daß das Gegeneinander, Nebeneinander und Durcheinander beseitigt wird, woran die Weimarer Verfassung schuld sein soll. Der wirkliche Grund für das mancherlei Durcheinander und Gegeneinander in Deutschland liegt aber in der geistigen und sozialen Zerrissenheit des deutschen Volkes. Diese Zerrissenheit würde auch im Einheitsstaat nicht vermindert, sondern vermehrt. Die Forderung des Einheitsstaates wird gewöhnlich mit dem Hinweis auf die Gehälter der Landesminister und die Ausgaben der Landesparlamente begründet. Dabei wird verschwiegen, daß bei Beseitigung dieser Landeseinrichtungen sofort neue Organe und Behörden notwendig würden, deren Kosten nicht wesentlich geringer wären. Für den Einheitsstaat wird auch ins Feld geführt, daß die notwendige Verwaltungsreform nur im Einheitsstaat rationell durchgeführt werden könne. Dabei wird übersehen, daß die Vereinfachung der Verwaltung nur unter Berücksichtigung der industriellen Bedürfnisse der einzelnen Landesteile, nicht aber nach einem einheitlichen Schema für das ganze Reichsgebiet durchgeführt werden kann. Wirkliche Ersparnisse könnten hier nur erzielt werden durch einen Abbau der Staatsaufgaben.

Die notwendige Verbilligung muß im Bundesstaat in gleicher Weise und sogar noch zweckmäßiger durchführbar sein als im Einheitsstaat. Man sollte daher von einer umstürzenden Umgestaltung der Verfassung zum Einheitsstaat absehen und zunächst die Mängel der Weimarer Verfassung beseitigen. Wo der Wille zur Erhaltung der eigenen Staatlichkeit in einem Lande vorhanden ist, muß dabei auf ihn Rücksicht genommen werden. Der Grundsatz muß insbesondere auch bei der Beseitigung kleinerer Länder unbedingt gewahrt werden. Ohne Verfassungsänderung dürfe sich für die Lösung dieses Teilproblems nur der Abschluß von Verwaltungsgemeinschaften unter den Ländern ermöglichen lassen. Dagegen wäre unter der Voraussetzung, daß das Reich nicht selbst die Verwaltungsgemeinschaft mit einem Lande abschließt, schwerlich etwas einzuwenden.

Der Kernpunkt des innerdeutschen Problems ist das Problem Reich und Preußen. Der Redner legt dann die verschiedenen Vorschläge zur Lösung dieses Problemes dar und betonte, bei einer Lösung des Problemes, wie sie auch sein möge, müßten die Länder unbedingt folgende Forderungen erheben: Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung, Gebietsautonomie, Einschränkung der Gesetzgebungsrechte des Reiches, Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Eingriffe der Reichsverwaltung, Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbständigkeit der Länder durch eine Ausscheidung der Steuerquellen und Rückübertragung der Steuerverwaltung für die eigenen Steuerquellen, einen Finanzausgleich, der die Erhaltung der Länderselbständigkeit ermöglicht, Ausbau des Reichsrates als Gesetzgebungsfaktor und verfassungsmäßige Sicherung aller dieser Rechte der Länder. Für eine durchgreifende Revision der Verfassung in dem angedeuteten föderalistischen Sinn ist aber nach vielfach vertretener Auffassung die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin ließe sich aber ein gewisses Mindestprogramm zur Verbesserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände durchführen, und zwar auch ohne Verfassungsänderung. Hier käme vor allem in Betracht: 1. eine Verbesserung des Finanzausgleiches, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trägt, 2. ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zu Gunsten der Länder auf der Grundlage der Augustvereinbarungen des Jahres 1922. Auch den wirtschaftlichen Forderungen der Länder in Bezug auf das Beschaffungswesen für Heer und Verkehrswesen könnte ohne weiteres vom Reiche aus Rechnung getragen werden. Die geradezu unerträgliche Zentralisierung des Geld- und Kreditwesens Berlins müßte im Wege der Vereinbarung zwischen Reich und Ländern beseitigt werden. Zentralisierung auf kulturellem Gebiete würde eine Verhöhnung der jetzt bestehenden deutschen Kulturzentren bedeuten, deren Mannigfaltigkeit für die Erhaltung des hochstehenden deutschen Geistes- und Kulturlebens von grundlegender Bedeutung ist. Der gesunde Wettbewerb der einzelnen Staaten und Stämme im Deutschen Reiche ist nicht möglich, wenn die einzelnen Landesteile im Einheitsstaate von einer Zentrale abhängig werden, die den Lebensunterhalt zu bemessen und deren letzten Entscheidungen und Weisungen sie zu folgen hätten. Die Vorschläge, die ich gemacht habe, liegen nicht weniger im Interesse des Reiches und seiner Zukunft als im Interesse der Länder. Gerade wer die Einheit des Reiches als das höchste Gut des deutschen Staatsbürgers ansieht, muß das Einheitsreich mit seinen nivellierenden und zerstörenden Einflüssen abweisen. Wir sind aber gern bereit, trotz dieser Ablehnung mit dem Reiche Hand in Hand zu gehen, um Schwierigkeiten und Gefahren für das Reich und im Verhältnis der Länder zum Reiche zu beseitigen.

Das Korreferat des Ministerpräsidenten Braun.

)(Berlin, 17. Jan. In seinem gestrigen Korreferat auf der Länderkonferenz machte der preußische Ministerpräsident Braun u. a. folgende Ausführungen:

Die Zweiteilung in Reich und Ländern habe sich in der Zeit Bismarcks wenig unangenehm bemerkbar gemacht, da die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten stets von den gleichen Persönlichkeiten verwaltet worden seien. Die Stellung des Bundesrates als einer Vertretung der Länderregierungen sei in der Bismarckschen Verfassung wesentlich anders gewesen als die des Reichsrates im jetzigen Reich, wo die Länderregierungen auch nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt seien. Infolgedessen sei es nicht als ein Vorgehen gegen den Reichsgedanken zu betrachten, wenn Preußen wiederholt die Verhandlungen des Reichsrates politisiert habe. Mit dem bayrischen Ministerpräsidenten stimme er darin überein, daß der Reichsrat in der Lage sein müsse, die Interessen der Länder wirklich zu vertreten. Er könne sich aber nicht die Schlußfolgerung zu eigen machen, die Rechte der Länder zu dem gleichen Zweck zu erweitern. In Weimar habe man den Weg zum Einheitsstaat beschreiten wollen, sei aber auf halbem Wege stehengeblieben. Ministerpräsident Held und Staatspräsident Bazille wollten zurück zum Föderativstaat, das würde bedeuten, Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder und damit Wiederherstellung des preußischen Uebergewichts im Reich, eine Wirkung, die doch Bayern und Württemberg sicher nicht erzielen wollten. Infolgedessen bleibe nur der Weg zum Einheitsstaat übrig. Die Stammeseigenschaften der einzelnen Länder, die Bazille stark hervorgehoben habe, seien bei der Abgrenzung der Länder ohne Einfluß gewesen, wie man an dem Beispiel Napoleons erkennen könne, der willkürliche Grenzen gezogen habe. Stammeseigenschaften und staatliche Grenzen deckten sich daher nicht immer.

Dann wandte sich Braun den Plänen zu, die auf eine Aufteilung Preußens in Reichsprovinzen hinausliefen. Dadurch würde sich, so führte Braun aus, ein norddeutsches Reichsland auftun und damit eine Spaltung des Reichs. Das bedeutet eine neue Vertiefung der Mainlinie, die doch in der letzten Zeit sich mehr und mehr verwischt habe. Man solle doch nicht durch faule Kompromisse die Entwicklung erschweren.

Da man sich vorläufig über die notwendige Reform nicht einig sei, wäre es zweckmäßig, den von Petersen verlangten Ausschuß einzusetzen. Man müsse ihm aber die Richtlinien mitgeben, sich an die Möglichkeiten zu halten, die für die Reform des Reiches unter den jetzigen politischen Machtverhältnissen bestehen. Notwendig sei die Beachtung der wirtschaftlichen Erfordernisse, weiterhin eine Rechts- und Verwaltungsangleichung zwischen den einzelnen Ländern, denn es sei grotesk, daß man eine Rechtsangleichung mit Oesterreich versuche, während innerhalb der deutschen Einzelstaaten noch die größten Unterschiede auf diesem Gebiete beständen.

Nach dem Referat Brauns hielt Reichskanzler Marx eine kurze Schlußansprache. Er dankte den Referenten und betonte, die Referate hätten gezeigt, daß noch außerordentliche Schwierigkeiten einer Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse im Wege stünden. Immerhin seien wichtige neue Gesichtspunkte zutage getreten, die einer weiteren Diskussion zugrunde gelegt werden könnten.

Preußen hat kein Verlangen nach den kleinen Ländern.

+ Berlin, 17. Jan. In seinem Korreferat auf der Länderkonferenz führte Ministerpräsident Dr. Braun über den erst erörterten Anschluß der kleinen Länder an Preußen folgendes aus:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß kleine Länder, die den Willen und die Kraft zur Eigenstaatlichkeit haben, wie Herr Ministerpräsident Held ganz richtig sagte, gegen ihren Willen nicht gezwungen werden können, ihre Eigenstaatlichkeit aufzugeben, und ich stehe auch nicht an, hier zu erklären, daß die preußische Regierung, soweit ich sie beeinflussen kann, stets davon ausgegangen ist, daß wir durchaus keinen Zwang auf kleine Länder ausüben wollen, sich Preußen anzuschließen. Es wird jetzt so hingestellt, als ob Preußen seine Fangarme überall hinausstrecke, um solche kleinen Länder zu verschlucken. Wir denken gar nicht daran. Jeder Anschluß eines Landes bedeutet für uns eine Vergrößerung der Lasten, umsomehr, als diese Länder auch noch mit gewissen Prätentionen zu uns kommen. Wie die Dinge heute liegen, bedeutet das Aufgehen jedes kleinen Landes, wenn die Reichsverfassung unverändert bleibt, für Preußen eine Einschränkung seines Einflusses im Reichsrat und demgemäß in der Reichspolitik.

Die Aussprache über die Verfassungsreform.

)(Berlin, 17. Jan. Die Verhandlungen der Länder wurden heute vormittag pünktlich um zehn Uhr in der Reichskanzlei wieder aufgenommen. Als erster Redner nahm der sächsische Ministerpräsident Heldt das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er den Standpunkt seiner Regierung zu den Problemen der Konferenzen und zu den gestrigen Hauptreferaten eingehend entwickelte. Er bezeichnete die Verbesserung und die Vereinfachung der Verwaltung als durchaus möglich. Auf der anderen Seite warnte er davor, immer vom Einheitsstaat zu reden, ohne sich darüber klar zu sein, daß nicht eine gewaltsame, sondern nur eine ruhige und stetige Entwicklung ersprießlich sei.

Der thüringische Staatsminister Dr. Leutheußer sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz namentlich für die kleineren und mittleren Länder insofern zu einem Erfolge führen werde, als ihre Vertreter das Gefühl mit nach Hause nehmen könnten, daß das Reich sich seiner Pflicht bewußt sei, auch seine schwächeren Glieder mit allen Kräften zu unterstützen. Auch Dr Leutheußer trat für Vereinfachung und Vereinheitlichung ein, betonte aber ebenfalls, daß dieser Weg nur überlegt und nur schrittweise begangen werden könne.

Der hessische Staatspräsident Ulrich übte Kritik an der nach seiner Auffassung lediglich negativen Einstellung der Referate. Er unterstrich, daß es kein Zurück geben könne, zu dem was war. Eine solche rückwärtsschauende Einstellung sei in dem Referat des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des württembergischen Bazille. Die Politik des Reiches und der Länder müsse nach vorwärts gehen. Diese Notwendigkeit werde einfach durch die Tatsache diktiert, daß wir uns erhalten müssen. Dieser Redner forderte weiter, daß einzelne Verwaltungsgebiete allmählich immer mehr in die Hände des Reiches übergehen müßten. Er erläuterte die Kapitel seiner Ausführungen an dem Beispiel der Justizverwaltung. Entgegen den Auffassungen vom dezentralisierten Einheitsstaat betonte er, daß der Einheitsstaat nicht ohne eine zentralistische Regierung bestehen kann. Schließlich bezeichnete er es als das notwendige Ergebnis der Konferenz, daß eine Reihe von Mitgliedern der Konferenz bestimmt werden müssen Vorschläge über das auszuarbeiten, was getan werden könne und das, was getan werden müsse, um zu befriedigenden Lösungen zu kommen und durch diese den Einheitsstaat vorzubereiten.

Staatspräsident Remmele-Baden behandelte vor allem die Finanzfragen. Er warnte davor, einen gefährlichen Zentralismus unorganisch treiben zu lassen, ohne sich über die letzten Konsequenzen klar zu sein.

Nachdem der preußische Ministerpräsident Braun sich mit einzelnen Diskussionsrednern zu seinem Referat auseinandergesetzt hatte, behandelte der oldenburgische Ministerpräsident v. Finckh die aktuellen Probleme unter dem besonderen Gesichtspunkt der oldenburgischen Bedürfnisse. Schließlich nahmen in der Vormittagssitzung noch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Vorsitzende des Handelspräsidiums von Lippe, Präsident Drake, der Ministerpräsident von Anhalt, Deist, und der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums, Minister Dr Jasper, sowie der Staatsminister von Mecklenburg-Strelitz, Dr. Huftadt das Wort.

Ministerpräsident Braun und Bürgermeister Petersen haben ihre gestrigen Referate im eigenen Namen gehalten, während der bayrische Ministerpräsident Dr. Held in seinem Referat für das bayrische Staatsministerium sprach.

Die Verhandlungen über finanzwirtschaftliche Erfordernisse.

Das Referat Höpker-Aschoffs.

:: Berlin, 17. Jan. Heute vormittag um 3,30 Uhr wurde in der Länderkonferenz die Diskussion fortgesetzt. Es sprachen: Der bayrische Ministerpräsident Held, Bürgermeister Petersen-Hamburg und der preußische Ministerpräsident Braun. Dann verließ man den ersten Punkt der Tagesordnung und ging zum Referat: „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft" über, das der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erstattete.

Er betonte zunächst, daß der Preußische Landtag stets ein hohes Maß von Verantwortung bei Ausgabebeschlüssen gezeigt habe, und führte dann aus, daß die Etatsgesetze der Regierung in Deutschland eine andere Stellung gegenüber dem Parlament als in England und Frankreich haben. In Deutschland sei der größte Teil der Etatsausgaben zwangsläufig und auch ohne Bewilligung durch das Parlament möglich. In Deutschland bestehe ferner keine Verpflichtung der Regierung, die im Etat vorgesehenen Mittel wirklich auszugeben. In England habe sich dagegen das Unterhaus eine wohltätige Selbstbeschränkung durch seine Geschäftsordnung auferlegt durch die Festlegung, daß Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können. Eine solche Bestimmung wäre auch im Reich und in den Ländern wünschenswert und ferner, daß das Parlament die Einnahmen im Etat nicht höher einstellen dürfe, als von der Regierung veranlaßt. Ferner müsse durch die Geschäftsordnung zum Ausdruck gebracht werden, daß Anleihegesetzentwürfe nicht als Initiativanträge eingebracht werden dürfen.

Der Minister behandelte dann die Stellung des Finanzministers im Kabinett. Die Haushaltsordnung des Reiches führe die wichtige Vorschrift, daß der Reichsfinanzminister ein Einspruchsrecht beim Etat habe, und nur in der zweiten Abstimmung könne der Reichsfinanzminister durch eine Mehrheit, der auch der Reichskanzler angehören muß, überstimmt werden. In Preußen liegt eine ähnliche Regelung vor. Die Stellung des Schatzkanzlers in England ist noch weit stärker, aber Dr. Höpker-Aschoff glaubt nicht, daß die Stärke der Stellung des englischen Schatzkanzlers für deutsche Verhältnisse maßgebend sein kann. Das liege in dem Zwang zur Koalitionsbildung in der deutschen Politik, und eine überragende Stellung des Finanzministers würde einer einzelnen Partei ein zu starkes Uebergewicht geben. Der Reichsfinanzminister habe ferner das Recht, die Ausgaben zu sperren, während der preußische Finanzminister nur 10 Prozent aller Ausgaben sperren dürfe. Für weitere Maßnahmen sei ein Kabinettsbeschluß notwendig. In dieser Beziehung sei eine Stärkung der Rechte auch der Landesfinanzminister wünschenswert. Um ein weiteres Ansteigen der öffentlichen Haushalte zu verhindern, müßte die Bestimmung getroffen werden, daß Etatserhöhungen gegenüber dem Vorjahre nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen werden dürften. Der Referent warnte davor, dritte Stellen, etwa den Reichspräsidenten oder den Reichsparkommissar einzuschalten. Auch erklärte er sich gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegenüber den Ländern. Das sei eine unmögliche Aufgabe für den Reichsfinanzminister. Der Minister behandelte dann die Finanzgebarung der Gemeinden und führte aus, daß die Schranke, die die Beratungsstelle für Länder und Gemeinden sei, nicht noch weiter erhöht werden könne.

Das Referat zu dieser Frage erstattete darauf der badische Finanzminister Schmitt. In der Diskussion nahm der bayrische Finanzminister Schmelzle das Wort.

Das Ergebnis des zweiten Tages.

◈ Berlin, 17. Jan. Die heutigen Beratungen der Länderkonferenz in der Reichskanzlei endeten mit der Einsetzung eines Redaktionsausschusses, der eine Verlautbarung aufsetzen soll, die das bisherige Ergebnis der Verhandlungen über den ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung der Konferenz umfaßt. Der Ausschuß tritt am morgigen Mittwoch früh 9 Uhr zusammen. Die Verlautbarung wird dann dem Plenum unterbreitet, das um 10 Uhr die Beratungen wieder aufnimmt und nach der Beschlußfassung über die Verlautbarung den dritten Punkt der Tagesordnung in Angriff nimmt, der die Fragen der Verwaltungsreform betrifft.

Von unterrichteter Seite wird das bisherige Ergebnis der Beratungen, entgegen einigen pessimistischen Auslassungen Berliner Abendblätter als durchaus nicht unbefriedigend bezeichnet. Es wird betont, daß die morgige Verlautbarung ja zeigen werde, daß die Konferenz bereits eine Reihe von Fortschritten erzielt habe, die zu einer Klärung führen können. Dabei handelt es sich bei dem ersten Punkt der Tagesordnung, der das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zum Gegenstand hat, um die Einsetzung einer Kommission, die mit der praktischen Ausarbeitung von Vorschlägen zur Besserung dieses Verhältnisses beauftragt werden soll. Ueber den Charakter und Zusammensetzung dieses Ausschusses gehen die Meinungen der Konferenz bisher allerdings auseinander. Der Vorschlag Petersens, einen Ausschuß von politisch unabhängigen Persönlichkeiten zur gutachtlichen Beratung der Frage einzusetzen, fand nicht die Zustimmung Bayerns. Dagegen machte Bayern den Vorschlag, den Reichsrat selbst mit dieser Angelegenheit zu betrauen, während von sächsischer Seite der Vorschlag gemacht worden war, einen Verfassungsausschuß des Reichsrates zu bilden. Der preußische Ministerpräsident machte darauf den Vermittlungsvorschlag, die Angelegenheit dem Verfassungsausschuß des Reichsrates zu übergeben, der aber das Recht haben soll, Persönlichkeiten als Sachverständige heranzuziehen.

Das Reichsverwaltungsgericht und Preußen.

:: Berlin, 17. Jan. Zu dem von Preußen gemachten Vorschlag, das preußische Oberverwaltungsgericht in dem in Berlin neu zu schaffenden Reichsverwaltungsgericht aufgehen zu lassen, ist laut Berliner Tageblatt vom Reichsinnenminister v. Keudell nunmehr ein Entwurf fertiggestellt worden, der bereits in der letzten Sitzung des Reichskabinetts beraten wurde. Das Blatt glaubt, daß sich auch die Länderkonferenz mit dem preußischen Vorschlag befassen wird.

Die Ländervertreter beim Reichspräsidenten.

() Berlin, 17 Jan. Der Herr Reichspräsident gab gestern abend zu Ehren der Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder ein Essen, zu dem auch die beteiligten Reichsminister und Minister der Länder, sowie die Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat geladen waren.

Aenderungen im Reichsmietengesetz

)(Berlin, 17. Januar. Im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen wurden die Beratungen über die Aenderungen des Reichsmietengesetzes fortgesetzt. Beantragt wurde von der Deutschen Volkspartei, die Wohnungsämter und Mieteinigungsämter aufzulösen. Ministerialdirigent Dr. Wölz (Reichsjustizministerium) führte aus: Die Beseitigung der Wohnungsämter würde zu schlimmen Folgen führen und sei noch nicht möglich. Der Regierungsvertreter griff den Gedanken auf, für Wohnungen von 6 Zimmern ab die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes zu beseitigen.

In der Abstimmung erhielt § 1 des Reichsmietengesetzes die Fassung, daß der Vermieter wie der Mieter die Festsetzung der gesetzlichen Miete verlangen kann, daß diese Vorschrift keine Anwendung findet auf Mietsverträge, die nach dem 1. 4. 1928 auf mehr als 2 Jahre abgeschlossen werden und sich auf Wohnungen mit mehr als 5 Räumen oder ausschließlich auf gewerbliche Räume beziehen. Ferner hat das Mieteinigungsamt bei gewerblichen Räumen einen besonderen Zuschlag festzusetzen, wenn durch die Eigenart des Betriebes besonders hohe Instandsetzungskosten entstehen. Zum Schluß beschloß der Ausschuß noch, daß die Gültigkeitsdauer des Reichsmietengesetzes bis zum 31. 3. 1930 verlängert werden soll.

Woldemaras' bevorstehender Besuch in Berlin.

)(Berlin, 17. Jan. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, trifft der litauische Ministerpräsident Woldemaras am 25 ds. Mts. zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ein. Der Gegenstand seiner Besprechungen mit dem deutschen Minister des Aeußern wird in erster Linie der deutsch-litauische Handelsvertrag sein, über den ja schon seit langem Verhandlungen gepflogen worden sind. Außerdem wird eine Reihe von anderen Verträgen zur Verhandlung kommen, über die z. T. auch schon vorverhandelt worden ist und die z. T. schon ziemlich weit gediehen sind. Dies ist nötig geworden durch den Uebergang des Memelgebietes an Litauen. Es handelt sich dabei um die Regelung der Fischerei, der Wasserwirtschaft, des Grenzverkehrs, des Pensions- und Militärrentenwesens und Beamtenabkommens. Ueber die Frage der Memeloptanten wird in Kowno verhandelt. Sollte diese Frage bis zum Eintreffen Woldemaras' noch nicht gelöst worden sein, so dürfte sie auch wohl hier in Berlin verhandelt werden.

Die litauische Antwort auf die polnische Note.

:: Warschau, 17. Jan. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der litauische Ministerpräsident Woldemaras gestern abend um 7,30 Uhr dem in Kowno weilenden polnischen Sonderkurier Tarnowski die litauische Antwort auf die von ihm überreichte polnische Note überreicht. Tarnowski wird morgen vormittag 11 Uhr über Riga die Rückreise antreten und am Donnerstag in Warschau eintreffen.

Deutsches Reich.

Erholungsurlaub des Reichsaußenministers.

:: Berlin, 17. Januar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der ersten Februar-Hälfte einen längeren Erholungsurlaub antreten, um seine Gesundheit zu kräftigen. Der Reichsaußenminister ist bekanntlich seit Weihnachten erkrankt. Sein Gesundheitszustand erlaubt es ihm auch nicht, wie vorgesehen, am 25. Januar die Festrede auf der Reichsgründungsfeier des Wahlkreisverbandes 3 der Deutschen Volkspartei in der Berliner Philharmonie zu halten. Die Veranstaltung ist deshalb abgesagt worden.

Der Arbeitsplan des Preußischen Landtages.

♥ Berlin, 17 Jan. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags legte am Dienstag den Geschäftsplan für die kommende Zeit fest. Als Sitzungsabschnitte bis Ostern wurden bestimmt: 17.—21. Januar, vom 2. bis 18 Februar, 1.—10. März, 20.—31 März. In den Pausen sollen die noch nicht vorberatenen Haushalte vom Hauptausschuß erledigt werden.

Deutsch-englisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung.

Berlin, 17. Jan. Am 17. Januar d. J. wurde im Auswärtigen Amt zu Berlin zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien ein Abkommen unterzeichnet, das die Beseitigung der Doppelbesteuerung von Gewinnen aus Schiffahrtsbetrieben zum Gegenstand hat.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Sowjets haben den Papst nicht zum Tode verurteilt.

V Moskau, 17. Jan. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion veröffentlicht folgende Erklärung: Einige ausländische Agenturen und Zeitungen haben die Meldung verbreitet, daß der Vatikan angeblich ein Todesurteil der Sowjetregierung gegen den Papst erhalten habe, das anderen Meldungen zufolge angeblich von Stalin unterzeichnet sein soll. Die Meldung entbehrt jeglicher Grundlage und beruht lediglich auf böswilliger Erfindung.

Der neue Sowjetbotschafter in Rom.

V Moskau, 16 Jan. Der Volkskommissar für Justiz Kurski ist zum Botschafter der Sowjetunion in Rom ernannt worden. Sein Vorgänger Kommew gehört bekanntlich zu den verbannten Oppositionellen.

Coolidges Abreise von Havanna.

:: Havanna, 17. Jan. Der Präsident Coolidge hat sich in Begleitung Kelloggs und des Marinesekretärs Wilbur auf dem Kreuzer „Memphis" zur Rückreise nach Key West eingeschifft. Er hofft, am Donnerstag wieder in Washington zu sein.

Das Explosionsunglück in Völklingen

Zwei weitere Tote.

× Völklingen, 17. Jan. Der explodierte Hochofen Nr. 5 ist der modernste und neueste der Röchling-Werke. Von den schwerverletzten Arbeitern sind inzwischen zwei weitere ihren Verletzungen erlegen, sodaß sich die Zahl der Toten auf neun erhöht.

Festnahme der beiden tschechoslowakischen Deserteure in Polen.

:: Prag, 17. Jan. Der Korporal Marek und der Infanterist Mika, die am 15. Januar vom Prossnitzer Flugplatze aus mit dem Flugzeuge „S. 18 bis 21" abgeflogen waren, wurden gestern auf polnischem Gebiet bei Lublin, wo sie infolge Benzinmangels eine Notlandung vornehmen mußten, aufgegriffen. Beide Deserteure wurden verhaftet.

*

Folgenschwerer Wutanfall eines Bräutigams.

× Königshütte, 17. Jan. Gestern abend überfiel hier ein Photograph seine 16jährige (!) Braut und gab auf sie, ihren Bruder und ihre Mutter fünf Schüsse ab, durch die die Braut und ihre Mutter schwer und ihr Bruder leicht verletzt wurden. Die beiden Schwerverletzten liegen im Lazarett hoffnungslos darnieder. Der Täter wurde verhaftet. Er gibt an, seine Tat in einem Wutanfall verübt zu haben.